

## **Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig**

21.12.2005

### **Freie Wähler: "Frenz treibt VHS in den Bankrott"**

Da die große Koalition vorgegeben hat, dass sich die Volkshochschule Main-Kinzig allein aus Teilnehmergebühren zu finanzieren hat, können die Gebühren der Kurse für die Kursteilnehmer nicht mehr subventioniert werden. Wie der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Jürgen Heim, in einer Presseerklärung mitteilt, wird dadurch die einzige öffentliche Weiterbildungseinrichtung des Kreises zielstrebig in den Ruin getrieben. Jürgen Heim: „Bildungsdezernent Frenz vollstreckt nun das im Kreistag beschlossene Urteil.“

So werden im nächsten Semester die Teilnehmergebühren für alle VHS Kurse um über 65 Prozent verteuert. Besonders hart und mit unabsehbaren Folgen trifft dies die sozial Schwachen, also die Ausländer, die Deutsch lernen wollen oder lernen müssen, und diejenigen, die zusätzliche Qualifikationen benötigen, um drohender Arbeitslosigkeit zu entgehen. Sie alle müssen künftig mindestens 5 Euro pro Unterrichtsstunde bezahlen.

So kostet im nächsten Semester etwa ein Fremdsprachenkurs für Senioren mit 32 Unterrichtsstunden nicht mehr 90 Euro, sondern 160 Euro. Deutschkurse, die in besonderem Maße zur sozialen und kulturellen Integration von Ausländern notwendig sind, kosten künftig statt 120 Euro satte 400 Euro.

Die VHS-Kursleiter rechnen vor, dass weit über die Hälfte des Kursangebots ausfallen wird, das ohnehin bereits innerhalb eines Jahres von 800 Kursen pro Semester auf 400 Kurse zusammengestrichen wurde. Das ist die Folge der Tatsache, dass die Hälfte der einst 16 hauptamtlichen VHS-Beschäftigten finanziell sinnlos in andere Ämter versetzt wurde, wo ihre Gehälter trotzdem weiter gezahlt werden müssen. Gleichzeitig werden die VHS-Teilnehmer über die maßlose Kursgebühr zusätzlich zur Finanzierung des Wasserkopfes der zentralen Kreisverwaltung herangezogen. Kosten, die der Volkshochschule - einmalig in Deutschland - in Höhe von 200.000 Euro in Rechnung gestellt werden. Kosten, die sie nicht verursacht und die sie nicht beeinflussen kann.

Mit diesen Entscheidungen verabschiedet sich der Main-Kinzig-Kreis nach Meinung der Freien Wähler selbstherrlich aus seiner gesetzlichen Verpflichtung, ein öffentliches Weiterbildungsangebot seinen Bürgern zur Verfügung zu stellen, das für alle erschwinglich ist. Doch gerade dafür zahlt das Land Hessen der VHS Main-Kinzig einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 260.000 Euro. Durch den absehbaren Kursausfall ist zu erwarten, dass dieser Zuschuss in 2006 zurück gezahlt werden muss.

Besonders empört sind die Freien Wähler über die sozialen Auswirkungen der Koalitionsbeschlüsse. Mindestens 15 freiberufliche Kursleiter, deren einzige Einnahmequelle ihre Lehrtätigkeit an der VHS ist, werden unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht. Jürgen Heim: „Der "Vorzeigekreis" bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit produziert selber Arbeitslose. Für normal denkende Menschen ist das alles nicht mehr rational erklärbar.“

Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler haben Große Koalition und Kreisausschuss etwas beschlossen, was sie selber nicht verstehen und dessen Folgen sie nicht abgewogen haben. Für ihn ist es höchste Zeit, das Verhängnis abzuwenden. Jürgen Heim: „Die Teilnehmer der Volkshochschule müssen von der Mitfinanzierung der zentralen Kreisverwaltung entbunden werden. Der Kreis muss seinem Auftrag nachkommen und ein von allen Bürgern bezahlbares Weiterbildungsangebot durch seine VHS vorlegen. Wir werden nicht nachlassen zu fordern, dass der Volkshochschule ein Budget zur Verfügung gestellt wird, das es ihr ermöglicht, sozial vertretbare Teilnehmergebühren zu erheben.“